Beschluss Nicht gegen die Krise ansparen

Gremium: Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt), Madeleine Henfling (KV Ilm Kreis), Ann-Sophie Bohm (KV Weimar), Bernhard Stengele (KV Erfurt), Anja Siegesmund (KV Jena), Dirk Adams (KV Erfurt)

Beschlussdatum: 13.06.2022

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Die letzten zwei Jahre haben Thüringen und die gesamte Gesellschaft vor enorme
2 Herausforderungen gestellt. Zur Eindämmung der Corona-Pandemie musste die
3 Politik in einem bis dahin nicht vorstellbaren Maß in die Freiheits- und
4 Grundrechte jeder*s Einzelnen eingreifen. Schulen gingen zum häuslichen Lernen,
5 Kindergärten in die Notbetreuung über, ganze Branchen wurden geschlossen - vom
6 Einzelhandel, über Dienstleistungen bis hin zur Veranstaltungswirtschaft. Auch
7 das kulturelle und künstlerische Leben musste drastisch heruntergefahren werden.
8 Viele Solo-Selbständige mussten aufgeben. Für Familien bedeutete die
9 Vereinbarkeit von Beruf, häuslichem Lernen und Kinderbetreuung eine enorme
10 Mehrbelastung. Wirtschaftlich zwang die Pandemie zu tiefen Einschnitten.
11 Kommunale und auch private Haushalte hatten mit enormen finanziellen Belastungen
12 zu kämpfen. Gleichzeitig legte die Pandemie Schwachstellen in der
13 Daseinsvorsorge wie unter einem Brennglas offen. Vor allem im ländlichen Raum
14 zeigten sich im Gesundheits- und Pflegebereich die Folgen von Privatisierungen,
15 Fachkräftemangel und Strukturschwäche besonders deutlich. Doch auch der
16 zunehmende Personalmangel im Bildungsbereich hinterlässt seine Spuren. In all
17 diesen Bereichen bedarf es nun dringend größerer Investitionen und ein
18 gemeinsames Agieren aller demokratischer Parteien, um für die kommenden Krisen
19 besser vorbereitet zu sein.

20 Auch die Klimakrise ist, wenn auch im öffentlichen Bewusstsein oft durch die
21 Pandemie überdeckt, kontinuierlich weiter vorangeschritten. Daher bedarf es
22 ebenso dringender Investitionen im Kommunalen Klimaschutz, für die Verkehrswende
23 und den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

24 Und schließlich sind wir seit mehr als 100 Tagen wieder mit einem Krieg mitten
25 in Europa konfrontiert. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine befinden
26 sich Millionen Menschen auf der Flucht. Hier bedarf es neben der Solidarität und
27 privaten Hilfsbereitschaft eines gemeinsamen Kraftakts und der Zusammenarbeit
28 von Bund, Ländern und Kommunen, um auch weiterhin möglichst schnell und endlich
29 auch unbürokratisch Geflüchtete menschenwürdig bei uns aufzunehmen und sie gut
30 zu integrieren.

31 Wir befinden uns also momentan in einer Zeit globale Krisen, die in kurzer Zeit
32 nicht zu lösen sein werden. Dies ist keine Zeit für Einsparungen, sondern eine
33 Zeit, in der wir investieren müssen und auch können, schaut man auf die
34 prognostizierten Steuermehreinnahmen. Es hilft wenig, gegen die Krise
35 anzusparen. Im Gegenteil. Es gilt, die bestehenden Herausforderungen aktiv
36 anzugehen, indem wir das notwendige Geld aufwenden und zielgenau einsetzen.

37 In Thüringen sind wir durch die besondere Situation einer Minderheitsregierung
38 auch bei den diesjährigen Haushaltsverhandlungen auf die Stimmen der CDU
39 angewiesen gewesen. Diese hatte eine Globale Minderausgabe in Höhe von 330

40 Millionen Euro zur Voraussetzung für ihre Zustimmung zum Haushalt gemacht. Das
41 Instrument der Globalen Minderausgabe lehnen wir ab, vor allem mit Blick auf die
42 in der Thüringer Verfassung enthaltenen Haushaltsgrundsätze. Anstatt Kürzungen
43 bei einzelnen Titeln vorzunehmen, wird mit einer Globalen Minderausgabe die
44 Summe aller Ausgaben einer pauschalen Kürzung durch die Regierung unterzogen.
45 Damit wird der Regierung nicht nur die Möglichkeit zur Verstetigung wichtiger
46 Errungenschaften im Land genommen, sondern das Parlament, das den Haushalt
47 beschließt, wird zudem der Möglichkeit beraubt, seinen konstitutionell
48 garantierten demokratischen Einfluss auf die Art der Einsparungen vorzunehmen.
49 Zudem besteht dadurch auch keine sachliche Begründung für die konkreten
50 Einsparungen. Daher halten wir die Globale Minderausgabe für nicht
51 verfassungsgemäß.

52 Auch haben wir in den letzten Wochen sehr deutlich sehen müssen, welche
53 drastischen Einsparungen die Globale Minderausgabe mit den pauschalen Kürzungen
54 in vielen Bereichen verursacht hat, gerade im Bildungs-, Hochschul-, Migrations-
55 und Sozial-, aber auch im Klima- und Energiehaushalt. Dies betrifft nicht nur
56 neu in den Haushalt eingestellte Projekte, sondern auch langjährig aufgebaute
57 und finanzierte Projekte, wie die Integrationsförderung für Geflüchtete, die
58 Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen, die Schulgelder in den
59 Gesundheitsberufen und Vorhaben in der sozialen Arbeit. Dass gerade die CDU
60 diese Einsparungen anprangert, ist geradezu grotesk, ist es doch ihrer
61 Haushaltspolitik geschuldet, dass es überhaupt dazu kommen musste. Es ist nicht
62 das politische Versagen von Rot-Rot-Grün, wie es die CDU aktuell darstellt.

63 Aus diesem Grund sagen wir Bündnisgrüne sehr deutlich: Mit uns wird es in den
64 kommenden Haushalten keine Globale Minderausgabe mehr geben. Einem weiteren
65 Haushalt, in dem die CDU ein verfassungsmäßig bedenkliches Instrument
66 durchsetzt, werden wir nicht zustimmen.

67 Grundsätzlich wäre ein Nachtragshaushalt das geeignete Mittel, um die durch die
68 Globale Minderausgabe verursachten Kürzungen abzufangen und gleichzeitig
69 handlungsfähig im Angesicht der schon erwähnten Krisen zu bleiben. Aktuell haben
70 wir für einen solchen Nachtragshaushalt jedoch keine politische Mehrheit.

71 Deshalb wollen wir mit Hilfe von verschiedenen Sondervermögen die thematisch
72 drängendsten Probleme in Thüringen angehen und das auch über die Legislatur und
73 mögliche wechselnde Mehrheiten hinweg. Wir wollen Sachpolitik vor Ideologie
74 stellen und unterbreiten auch der demokratischen Opposition das Angebot, die
75 Finanzierungen für die Bereiche Bildung/Hochschule, Umweltschutz/Klimawandel und
76 Mobilität mit Perspektive bis zum Jahr 2030 gemeinsam auf den Weg zu bringen.
77 Die unterschiedlichen Sondervermögen, die dafür notwendig sind, sollen teilweise
78 mit Krediten finanziert werden und gleichzeitig den Druck aus den
79 Haushaltsverhandlungen der kommenden Jahre nehmen. Wir von Bündnis90/Die Grünen
80 fordern die anderen demokratischen Parteien auf, gemeinsam mit uns wieder einen
81 verfassungsgemäßen und ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden und gleichzeitig
82 im konstruktiven Dialog mit den Sondervermögen Stabilität bei den
83 Zukunftsaufgaben für Thüringen zu gewährleisten und politisch erkennbar
84 Schwerpunkte mit Blick auf Bildung, Klimaschutz und Integration zu setzen.

Unterstützer*innen

Karoline Jobst (KV Saale-Orla-Kreis); Stephan Ostermann (KV Ilm-Kreis); Tino Gassmann (KV Unstrut-Hainich); Doreen Denstädt (KV Erfurt); Nico Paul (KV Erfurt); Enja Knipper (KV Weimar-Stadt); Andreas Ströbel (KV Erfurt); David Maicher (KV Erfurt); Thomas Schaefer (KV Erfurt); Janek Schmidt (KV Erfurt); Marcus Neumann (KV Erfurt)